

# Bildung / Migration

## Rat ö 29.01.2008

### Kommunale Bildungsplanung (Behandlung in der gemeinsamen Sitzung des Integrationsausschusses, des Jugendhilfeausschusses sowie des Schul- und Sportausschusses am 10. Januar 2008) (TOP 6 c)

#### Beratungsverlauf:

Herr Ratsvorsitzender Thöle verweist auf die schriftlich vorliegenden Änderungsanträge von SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsmitglied Herrn Cheeseman und Ratsmitglied Herrn Mierke (siehe Anlage) sowie den vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion (siehe Anlage).

Herr Sommer verweist auf die ausführliche Diskussion der Inhalte der Vorlage in der gemeinsamen Sitzung von Integrationsausschuss, Jugendhilfeausschuss und Schul- und Sportausschuss am 10. Januar 2008. In dieser Sitzung hatte die CDU-Fraktion Beratungsbedarf angemeldet. Nunmehr gehe es den Verfassern des gemeinsamen Antrages darum, die aufgeführten Maßnahmen schnell und zeitnah umzusetzen. Nach Aussagen der Bertelsmann-Stiftung verursache unzureichende Integration jährlich Kosten in Höhe von 17 Mrd. €. Er bringt die ablehnende Haltung der SPD-Fraktion zu dem schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Ausdruck und spricht sich für einen sorgfältigen weiteren Planungsprozess aus. Er erinnert daran, dass auf der ersten Osnabrücker Sozialkonferenz, die nunmehr ein Jahr zurückliege, gemeinsam das weitere Vorgehen verabredet wurde. Er verweist auf den nachdrücklichen Einfluss des Themas Bildung auf die Gesellschaft. Er begründet die einzelnen Forderungen des Änderungsantrages und fordert dazu auf, gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen, die weiteren Bausteine der Bildungsplanung umzusetzen.

Herr Meier nimmt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu dem gemeinsamen Änderungsantrag Stellung. Er hebt die Besonderheit hervor, die darin liegt, dass die Stadt Osnabrück einen Auftrag erteilt habe, sämtliche Ansätze der kommunalen Bildungsplanung und die Bildungslandschaft zu untersuchen, um ausgehend von dieser Bestandserhebung zu einer Verbesserung der Angebote der Bildungseinrichtungen und deren Übergänge zu finden. Hierdurch sollen die Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen in Osnabrück verbessert werden. Er dankt den bei der Fachhochschule und der Verwaltung an der Untersuchung beteiligten Mitarbeiter/-innen für ihr Engagement und insbesondere den Mitarbeiter/-innen der Bildungseinrichtungen, die an der Untersuchung mitgewirkt haben. Als erste Stufe der Bildungsplanung liege nunmehr die Bestandserhebung vor, wobei eine Analyse dieses Bestandes erfolgen müsse. Ferner gehe es darum, weitere Handlungsempfehlungen zu entwickeln, um die Übergänge und Schnittstellen zu untersuchen. Er stellt fest, dass hierfür von der Stadt Osnabrück nur bescheidene finanzielle Mittel aufzuwenden seien. Er spricht sich nachdrücklich gegen die Annahme des Änderungsantrages der CDU-Fraktion aus. Demgegenüber fordert er, vor dem Hintergrund der

derzeitigen planerischen Grundlage die Kenntnisse über derzeitige und künftige Angebote zu vertiefen, um dann zielgenau die zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen zu können, wofür die bisherige Planung eine gute Grundlage bietet.

Frau Neumann begründet den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Sie nimmt Bezug auf die bisherigen Abläufe zur Erstellung der Kommunalen Bildungsplanung und legt dar, dass nach Vorliegen der ersten Stufe nun über die weitere Stufe beschlossen werden sollte. In der bereits zitierten Sitzung der zuständigen Ausschüsse am 10. Januar seien inhaltliche Bedenken gegen die ursprünglich geplante Übertragung der Mittel nach 2008 entstanden.

Sie widerspricht Herrn Meier in seiner positiven Einschätzung der vorliegenden Bestandserhebung und der Hinweise zur Integrationsförderung. Vielmehr werde die Auffassung vertreten, dass die Studie kaum neue Erkenntnisse enthalte. Erkenntnisse über die ungleichgewichtige Verteilung von Migrantenfamilien auf die einzelnen Stadtteile seien bekannt. Zu den von Herrn Meier zitierten Übergängen stellt sie fest, dass seit 10 Jahren bekannt sei, dass beim Übergang von Kindertagesstätten zu Grundschulen 10 % der Kinder nicht schulfähig seien. Hierauf sei durch die Bereitstellung von 60.000,00 € auf Initiative von Herrn Sliwka reagiert worden, die vor zwei Jahren für die Sprachförderung in Kindergärten in den Haushalt eingestellt wurden; daneben werde die Forderung nach einer weiteren Ganztagschule in Osnabrück bereits bearbeitet. Sie hebt die erfolgreiche Verminderung der Zahl der Schulabbrecher hervor. Zur Forderung der Intensivierung bürgerschaftlichen Engagements verweist sie ebenfalls auf bereits laufende Bemühungen. Zu dem Handlungsansatz einer bildungspolitischen Positionierung des Referates 19 stellt sie fest, dass hier die Zuständigkeit des Rates gegeben sei. Sie weist ferner auf eine Skepsis der befragten Mitarbeiter der Einrichtungen – auch aufgrund des Umfanges der Befragungen. Sie spricht sich gegen die Einrichtung einer neuen Stelle im Referat 19 aus und legt dar, dass die CDU-Fraktion vielmehr die für die weitere Bildungsplanung vorgesehenen Mittel in Projekte stecken möchte, die direkt Kindern zugute kommen.

Frau Schlattner erläutert zu Ziff. 2 des Änderungsantrages der CDU-Fraktion, dass hiermit nicht nur eine Synopse der erarbeiteten Handlungsempfehlungen gemeint sei, sondern dass darüber hinaus auch bereits laufende Aktivitäten synoptisch mit dargestellt werden sollen. Sie legt dar, dass eine Vielzahl von Projekten bereits auf die Handlungsempfehlungen der Bildungsplanung hin zugeschnitten seien. Die Entwicklung immer neuer Pläne lasse keine Luft für die Einleitung weiterer Maßnahmen. Sie kritisiert nachdrücklich den Ablauf der gemeinsamen Ausschusssitzung am 10. Januar im Hinblick auf die Vorbereitung durch die Verwaltung.

Frau Winkler spricht sich namens der FDP-Fraktion für eine Annahme der Forderung des gemeinsamen Änderungsantrages aus, da vor der Einleitung weiterer Schritte eine bewertungsfreie Analyse der möglichen Handlungsansätze zu liegen habe. Sie macht deutlich, dass die Zustimmung der Mitglieder der FDP-Fraktion zu dem vorliegenden Änderungsantrag keine Zustimmung zu den weiteren Stufen der Kommunalen Bildungsplanung darstelle.

Herr Mierke stimmt Frau Winkler zu und hält ein Signal an die beteiligten Einrichtungen für nötig, dass im Rat entsprechender Handlungsbedarf anerkannt werde. Gerade beim Übergang von Kindertagesstätten zu Grundschulen hält er weitere Maßnahmen für nötig und spricht sich für die Freigabe der ursprünglich zur Verfügung gestellten 26.000,00 € aus, um durch deren Einsatz weitere Schwachstellen aufzeigen zu können.

Frau Fiolka-Dörpmund legt dar, dass der vorliegende Änderungsantrag u. a. von der SPD-Fraktion, die Punkte wiedergebe, die bereits in der Sitzung kritisiert wurden. Hierdurch solle der Verwaltung ein Signal zur Nachbesserung gegeben werden, was auch die CDU-Fraktion in der gemeinsamen Sitzung gefordert habe. Sie legt dar, dass an dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion für sie deutlich werde, dass demgegenüber keine Kommunale Bildungsplanung gewollt sei. Sie hebt die Bedeutung der Verbesserung der Bildungspotenziale für Kinder und Jugendliche hervor und bittet die CDU-Fraktion nachdrücklich darum, ihre ablehnende Haltung zur Übertragung der vorhandenen Mittel ins Jahr 2008 zu überdenken.

Herr Sliwka legt dar, dass es seine Idee gewesen sei, eine Kommunale Bildungsplanung in Auftrag zu geben. Spätestens bei der Abschaffung der Orientierungsstufen habe er festgestellt, dass die bis dahin angestellte Schulstrukturuntersuchung nicht länger zielführend sei. Auch durch seine Tätigkeit im Jugendbereich sei ihm deutlich geworden, dass für eine engagierte Bildungsarbeit eine integrierte Bildungs- und Jugendhilfeplanung erforderlich sei. Ferner sei für die Kommune ein stärkerer inhaltlicher Einstieg erforderlich. Er konzidiert, dass die Stadt Osnabrück über alle Fraktionsgrenzen hinweg gemeinsam mit dem Rat zahlreiche erfolgreiche Maßnahmen eingeleitet habe, sodass u. a. der Prozentsatz der Schulabbrecher in Osnabrück gegenüber dem niedersächsischen Durchschnitt auf 5 % halbiert werden konnte.

Die vielfachen Initiativen von Schulleitern und Leitern von Kindertagesstätten zur Einleitung von einzelnen Projekten haben ihm jedoch deutlich werden lassen, dass eine ganzheitliche Planung für den Bereich von Kindertagesstätten, Schulen und Berufseinstieg erforderlich sei.

Er widerspricht Frau Neumann in ihrer Einschätzung, dass die nunmehr vorliegende Bestandsaufnahme keine neuen Erkenntnisse – bezogen auf einzelne Einrichtungen – gebracht habe. Dass die sichtbar gewordenen Defizite einzelner Einrichtungen nichtöffentlich behandelt werden, hänge damit zusammen, dass keine Rankings für einzelne Standorte möglich sein sollen. Aus den gewonnenen Erkenntnissen seien nunmehr weitere Handlungsansätze abzuleiten. Beispielfhaft verweist er auf die Haltung des Leiters der Stüveschule, der stellvertretend für zahlreiche Kolleginnen und Kollegen die Erstellung einer entsprechenden Bildungsplanung für Osnabrück und für die Gestaltung eines differenzierten Bildungsangebotes unterstütze.

Herr Meier macht deutlich, dass in der Ausschlussdiskussion ebenfalls deutlich geworden sei, dass in Osnabrück viele Angebote mit Modellcharakter bereits installiert seien. Allerdings sei auch weiterer Verbesserungsbedarf gesehen wor-

den. Er widerspricht insofern Frau Neumann in ihrer Argumentation, die nach seiner Auffassung lediglich auf die Kurzfassung Bezug genommen habe.

Ferner verweist er Frau Schlattner darauf, dass die derzeit in Rede stehenden 26.000,00 € für die Einleitung weiterer Maßnahmen tatsächlich nicht ausreichen werden.

Frau Schiller führt aus, dass die Mitglieder der CDU-Fraktion sich über das zuletzt von Herrn Meier vorgetragene Argument im Klaren seien. Auch die Mittel, die durch die Einsparung der im Referat 19 vorgesehenen zusätzlichen Stelle einzusetzen seien, würden für weitere Maßnahmen nicht ausreichen. Sie stellt die Sinnhaftigkeit der Durchführung der zweiten Stufe der Kommunalen Bildungsplanung infrage. Sie verweist auf das Vorgehen des Landkreises, wo auf vorhandene Daten zurückgegriffen werde und die Schulen lediglich stichpunktartig befragt werden. Im Hinblick auf den Zeitraum, der für die Erstellung der ersten Stufe der Kommunalen Bildungsplanung erforderlich war, sieht sie die Gefahr, dass auch der weitere Prozess lange Zeit in Anspruch nehmen werde.

Herr Ratsvorsitzender Thöle führt zunächst die Abstimmung über den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion wie folgt herbei:

#### **Abweichender Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, Handlungsempfehlungen auf Grundlage der Untersuchungsergebnisse zu bildungsplanerischen Aufgaben zu entwickeln und dem Rat und den Fachausschüssen zeitnah vorzulegen.
2. Die durch den Forschungsbericht „Kommunale Bildungsplanung – Qualitativ-quantitativ Erhebung zur Situation der Kindertageseinrichtungen sowie der allgemein und berufsbildenden Schulen in der Stadt Osnabrück unter besonderer Berücksichtigung der Problemlagen benachteiligter Kinder und Jugendlicher“ ermittelte Ausgangslage und die erarbeiteten Handlungsempfehlungen sind synoptisch darzustellen.
3. Die Mittel für die Stufe 2 – Untersuchung zum Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen – Kommunale Bildungsplanung in Höhe von 26.050,00 € werden für das Jahr 2008 nicht freigegeben.
4. Die für die Stufe 2 vorgesehenen Finanzmittel werden für die direkte Unterstützung von Kindern und Jugendlichen durch Maßnahmen auf Grundlage der Handlungsempfehlungen in den Haushalt eingestellt. Die für die Stufen 3 und 4 vorgesehenen Finanzmittel sollen ebenfalls für diese Unterstützungsmaßnahmen eingesetzt werden.
5. Die im Stellenplan 2008 vorgesehene zusätzliche Planstelle für die kommunale Bildungsplanung im Referat 19 wird nicht eingerichtet. Die dadurch frei werdenden Haushaltsmittel werden für direkte Maßnahmen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen nach den Handlungsempfehlungen eingesetzt.

#### **Beratungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen. Der abweichende Beschluss wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Sodann erfolgt die Abstimmung über den folgenden schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Ratsmitglied Herr Cheeseman und Ratsmitglied Herr Mierke wie folgt:

**Abweichender Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Gemeinsam mit den beteiligten Bildungseinrichtungen Handlungsempfehlungen auf Grundlage der Untersuchungsergebnisse zu entwickeln und den Fachausschüssen und dem Rat zeitnah vorzulegen. Dabei ist der Bereich Jugendsozialarbeit an Schulen und hier insbesondere der Schwerpunkt des Übergangs von der Schule in den Beruf zu berücksichtigen. Die diesbezüglichen Jugenddienste und Träger der Jugendhilfe sind zu beteiligen.
2. Mit der Fachhochschule/der Universität den Arbeitsauftrag für die zweite Stufe der Kommunalen Bildungsplanung – Untersuchung zum Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen – abzustimmen und den Fachausschüssen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Finanzmittel in Höhe von 26.050,00 € werden auf das Haushaltsjahr 2008 übertragen.

**Beratungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen. Der abweichende Beschluss wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion **angenommen**.